

Zufrieden ohne Sperrstunde

Diese Bilanz ziehen Gastronomen, Anwohner und Behörden anderthalb Jahre nach der Abschaffung



Seit November 2022 können Bremer Kneipen theoretisch durchgängig geöffnet bleiben – die jahrelang geltende Sperrstunde wurde abgeschafft.

FOTO: GUIDO KIRCHNER/DPA

VON FELIX WENDLER

Bremen. Es ist noch gar nicht so lange her, da mussten die Bremer Kneipiers die Uhr im Auge behalten. Ist noch eine Runde drin? Oder wird es zeitlich zu knapp? Mittlerweile brauchen sich die Gastronomen und ihre Gäste darüber keine Gedanken mehr zu machen: Im November 2022 hat Bremen die Sperrstunde für Kneipen, Bars, Clubs und Diskotheken abgeschafft, die zuvor wochentags zwischen zwei und sechs Uhr morgens gegolten hatte. Das Aus für die Sperrstunde wurde damals überwiegend positiv aufgenommen. Wie sieht es heute aus? Eine Zwischenbilanz.

Was berichten Gastronomen?

„Die Erwartungen haben sich erfüllt“, sagt Thorsten Lieder. Der Geschäftsführer der Bremer Gastro-Gemeinschaft (BGG) bekräftigt seine frühere Haltung: Es gehe nicht darum, überall die ganze Nacht durchzufeiern, sondern die Gäste in Ruhe austrinken und vielleicht noch eine letzte Runde ordern zu lassen, wenn Bedarf bestehe. Das sei nun möglich, sagt Lieder. Die Öffnungszeiten verlängert habe nach der Abschaffung der Sperrstunde kaum einer. Auch das entspricht den zuvor geäußerten Erwartungen der Gastronomen: Wegen der wenigen zusätzlichen Kunden länger zu öffnen, wäre kaum rentabel.

bel.

Welche Bilanz zieht die Wirtschaftsbehörde?

Die Bremer Wirtschaftsbehörde hat nach eigenen Angaben ausschließlich positive Rückmeldungen von Gastronomen erhalten. Der verringerte Bürokratieaufwand ist laut Behördensprecher Christopher Schönhagen ein Grund dafür. Bevor die Sperrstunde abgeschafft wurde, mussten Gastronomen einen Antrag stellen, um wochentags länger als bis zwei Uhr nachts öffnen zu können. Im Herbst 2022 hatten in der Stadt Bremen 16 Betriebe eine solche Erlaubnis, die meisten davon im Viertel.

Wie sind Diskotheken betroffen?

Die meisten Bremer Diskotheken sind nur an den Wochenenden geöffnet und waren von der Aufhebung der Sperrstunde nicht betroffen. Ausnahmen wie der Musikklub „Lila Eule“ konnten ihre Partys an Wochentagen bereits vorher per Sondergenehmigung ausrichten. Im Fall der „Eule“ hatte es um die Erteilung dieser Genehmigung einen jahrelangen Gerichtsstreit gegeben, den die Klubbetreiber letztendlich gegen klagende Anwohner gewannen. Laut Geschäftsführer Michael Pietsch lohnen sich mittlerweile aber nur noch die Partys am Sonnabend, weil die Gäste dem Viertel wegen der zunehmenden

Kriminalität fernblieben. Die Aufhebung der Sperrstunde habe zudem dazu geführt, dass das Publikum donnerstags und freitags zeitlich versetzt eintrudele. „Das killt jede Party“, erklärt Pietsch.

Gibt es mehr Beschwerden über Lärm?

Die Wirtschaftsbehörde hat Schönhagen zufolge „keine zusätzlichen Beschwerden zu Lärmbelästigungen erhalten“. Nach Aussage der Innenbehörde gilt das auch für das Ordnungsamtsamt. BGG-Geschäftsführer Thorsten Lieder berichtet von Anwohnerbeschwerden aus dem Viertel. Diese kämen aus einem kleinen Kreis von immer denselben Leuten. Er selbst sieht keine größeren Probleme. Die Abschaffung der Sperrstunde helfe eher dabei, den „Heimkehrstrom“ der Gäste zu entzerren.

Wie reagieren Anwohner?

„Meine sowieso schon laute Straße ist nicht lauter geworden“, sagt Irmi Blekker, die zentral im Viertel wohnt. Die Abschaffung der Sperrstunde habe sie skeptisch gesehen, aber ihre Befürchtungen hätten sich „nicht unbedingt bewahrheitet“. Blekker betont jedoch auch, dass Betriebe wie die „Lila Eule“ oder das „Eisen“ in unmittelbarer Nähe bereits vorher per Sondergenehmigung von der Sperrstunde ausgenommen gewesen seien – dementsprechend habe sich für sie nicht viel

verändert. Blekker, die in der Bürgerinitiative „Leben im Viertel“ aktiv ist, sieht größere Probleme an anderer Stelle: Der Verkauf und Konsum von Alkohol auf der Straße sorge für Ärger und sollte ihrer Ansicht nach von einer bestimmten Uhrzeit an verboten werden.

Wie geht es mit der Sperrstunde weiter?

Die Abschaffung der Sperrstunde war zunächst unter Vorbehalt empfohlen worden. Die Erfahrungen sollten gesammelt und nach zwei Jahren, also voraussichtlich Ende 2024, der Wirtschaftsdeputation vorgelegt werden. Bislang gibt es keine Hinweise darauf, dass die Sperrstunde in Bremen zurückkehren könnte. Machtlos sind die Behörden auch unter der neuen Regelung nicht: Sie können Sperrzeiten für einzelne Betriebe verhängen, falls es zu wiederkehrenden Beschwerden kommt.

Welche Regelungen haben andere Bundesländer?

Bremen hatte bis zur Abschaffung der Sperrstunde eine Sonderrolle inne. In Niedersachsen gab und gibt es beispielsweise keine Sperrstunde, in vielen anderen Bundesländern müssen Kneipen und Bars zwischen fünf und sechs Uhr morgens zur sogenannten Putzstunde schließen. Die vierstündige Sperrzeit in Bremen war also im Bundesländervergleich besonders restriktiv.



Es gibt amüsantere Dinge, als Leute zu verhaften.

MUHAMMAD ALI (1942–2016)



Die Polizei stellt Fotos der Diebesbeute, wie diese Rolex aus einem früheren Fall, auf ihre Homepage. FOTO: POLIZEI

Hoffnung für Opfer von Straßenraub

Polizei veröffentlicht Bilder

VON RALF MICHEL

Bremen. Straßenraub ist seit Monaten ein Dauerthema in Bremen. Nun gibt es für einige der Opfer die berechtigte Hoffnung, ihr Eigentum zurückzubekommen.

Die Polizei hat am vergangenen Freitag gleich vier Täter geschnappt, die für zahlreiche Straßenraube verantwortlich sein dürften. Bei den anschließenden Wohnungsdurchsuchungen stießen die Ermittler auf eine beträchtliche Menge offensichtlich gestohlener Wertgegenstände. Mehr als 30 Schmuckstücke, darunter Goldketten, Ringe und Anhänger, sowie hochwertige Armbanduhren, Smartphones und falsche Ausweispapiere wurden beschlagnahmt. Die Männer im Alter zwischen 20 und 28 Jahren stammen aus Ägypten, Algerien und Marokko.

Veröffentlichung auf Homepage

Man versuche nun, die sichergestellten Beweismittel den bekannten Straftaten zuzuordnen und in diesem Zusammenhang auch die Eigentümer der Wertgegenstände zu ermitteln, erläutert Polizeisprecherin Franka Haedke. Erste Anhaltspunkte hat die Polizei bereits über die erstatteten Anzeigen der Diebstähle und Raubtaten. Darüber hinaus würde derzeit die gesamte Beute ab fotografiert und in Kürze auf die Homepage der Polizei in die Fahndungsliste eingestellt. Wer unter www.polizei.bremen.de die Homepage aufruft, findet oben auf der Seite den Reiter „Fahndung“. Von hier führt ein weiterer Klick auf „Sachfahndung“ und dort zu den Unterkategorien „Schmuck“ und „Sonstiges“. Hier werden ständig aktualisiert Bilder eingestellt.

Auch die Beute der vier jetzt gefassten Männer werde dort zeitnah auftauchen, kündigt Haedke an. Auf der Homepage werden auch Telefonnummer und E-Mail-Adresse angegeben, um Kontakt mit der Polizei aufzunehmen. Für die Zuordnung benötigt die Polizei einen Eigentumsnachweis, erläutert die Polizeisprecherin. In der Regel gelinge die Zuordnung aber auch schon über die Angaben, die das Opfer während der Anzeige des Diebstahls gemacht habe.

29-JÄHRIGER VERLETZT

Polizei stellt Verdächtigen nach Messerangriff

Bremen. Ein 38-Jähriger soll am Montagmorgen einen 29 Jahre alten Mann mit einem Messer verletzt haben. Gegen 11.45 Uhr wurde eine Streifenwagenbesatzung in der Gröpelinger Heerstraße auf den 29-Jährigen aufmerksam. Er habe eine stark blutende Schnittverletzung an der Hand gehabt und angegeben, kurz zuvor von dem ebenfalls anwesenden 38-Jährigen angegriffen worden zu sein. Die Polizisten leisteten Erste Hilfe und nahmen den mutmaßlichen Angreifer vorläufig fest. Der 29-Jährige wurde in ein Krankenhaus gebracht. Der Verletzte habe angegeben, dass ihn der 38-Jährige aufgrund einer Vorgeschichte attackiert hätte. Die weiteren Ermittlungen dauern an. MKN

Senat verlangt Anwohnerbeteiligung bei Umbenennung

Bürger sollen über neuen Namen für Langemarckstraße abstimmen

VON TIMO THALMANN

Bremen. Die Umbenennung der Langemarckstraße in Georg-Elser-Allee ist durch den aktuellen Beschluss des Senats an diesem Dienstag zwar nicht vom Tisch, aber mutmaßlich wieder etwas unwahrscheinlicher geworden. Denn der Senat folgt den bisherigen ausschließlich zustimmenden Beschlüssen des Neustädter Beirats sowie der Verkehrsdeputation nur unter der Maßgabe einer ordentlichen Beteiligung der Anlieger.

Die dafür zuständige Behörde ist aus Sicht des Senats das Ortsamt, dem er nun indirekt aufgetragen hat, diese Beteiligung zu organisieren und die Ergebnisse nachzureichen. Jedenfalls ergibt sich das aus dem aktuellen Beschluss. Erst danach dürfte die Senatsrunde erneut und endgültig über die Umbenennung entscheiden.

Damit knüpft der aktuelle Senat an einen Beschluss seiner Vorgänger aus dem Jahr 1965 an, wonach Straßen unter Beteiligung und mit Einverständnis aller betroffenen Anlieger ausnahmsweise umbenannt werden können, wenn es dafür übergeordnete Gründe gibt. Er folgt damit zugleich einer vielfach vorgebrachten Kritik einer Anwohnerinitiative, die genau diese Beteiligung auch mit Verweis auf den alten Senatsbe-

schluss eingefordert hat. Eine Petition an die Bürgerschaft mit zuletzt mehr als 1500 Unterschriften unterstreicht das Anliegen.

Bislang gelang unter dieser Voraussetzung nur selten eine Umbenennung. So sollten ab 2004 beispielsweise zahlreiche Straßen wieder ihre ursprüngliche Bezeichnung erhalten, die ihnen zwischen 1933 und 1938 durch die Nazis genommen wurde. Betroffen waren unter anderem in Lesum die Sinaistraße (seitdem An Smidts Park) und in Gröpelingen die Michael-, die Uriel- und die Raphaelstraße (seitdem Driftsether-, Uthle-

der- und Adelstedter Straße). Alle Straßen heißen aber aufgrund negativer Anliegerworten bis heute so, wie die braunen Machthaber sie genannt haben. In Lesum wurde 2015 allerdings eine aus anderen Gründen unumgänglich gewordene Umbenennung eines Teilstücks der alten Sinaistraße dafür genutzt, den ursprünglichen Namen wiederherzustellen.

In zwei Fällen setzten sich Beirat und Senat allerdings über die ablehnenden Abstimmungen der Anwohner hinweg. Die von den Nazis zur Eupener Straße erklärte Verbin-

dung in Schwachhausen wurde 2005 in Emanuelstraße zurück umbenannt, aus der Hindenburgallee wurde bereits 1977 die Konrad-Adenauer-Allee.

Der Senat wich im letzteren Fall von seinen 1965 formulierten Grundsätzen ab, um einer beabsichtigten Ehrung des verstorbenen Bundeskanzlers Ausdruck zu verleihen. Das schon 1972 formulierte Ziel, eine repräsentative Straße nach Konrad Adenauer zu benennen, konnte mangels neu gebauter Straßen fünf Jahre lang nicht verwirklicht werden. So entschloss man sich doch zur Umbenennung einer bestehenden Allee. Was aus Sicht des Senats als gutes Argument hinzukam: Es gab und gibt noch eine Hindenburgstraße in Lesum und doppelte Straßennamen sind aus vielerlei Gründen ebenfalls unerwünscht.

Weil Ortsbeiräte und Senat letztlich also nicht an die Abstimmungen der Anlieger gebunden sind, können Umbenennungen auch gegen den Willen der Anwohner erfolgen, aber das ist historisch betrachtet die Ausnahme. Unabhängig davon sind die Anlieger aber immer zu beteiligen – das ist aus Sicht des Senats im Fall der Langemarckstraße bislang offenbar unterblieben. Das Thema liegt damit wieder beim Ortsamt der Neustadt.



FOTO: FRANK THOMAS KOCH

Unter anderem mit Plakaten am Hotel Westfalia kämpft eine Anwohnerinitiative gegen die von einer anderen Initiative angeschobenen Umbenennung.